[ÖVP-Becker: EU-Entsenderichtlinie schützt Arbeitnehmer, Firmen und den EU-Binnenmarkt](http://eppgroup.eu/de/press-release/125221?usebuid=13061" \t "_blank)

**Kompromiss: "Keine neue Ost-West-Spaltung und gleichzeitig Sozialdumping verhindert"**

Straßburg, 29. Mai 2018 (ÖVP-PD) "Wir schützen gleich dreifach. Wir schützen ausländische Arbeitnehmer in Österreich vor Ausbeutung, wir schützen österreichische Firmen vor unfairer Billigkonkurrenz und gleichzeitig halten wir den EU-Binnenmarkt offen", erklärt der ÖVP-Europaabgeordnete Heinz K. Becker den heutigen, endgültigen Beschluss der sogenannten EU-Entsenderichtlinie im Europäischen Parlament.

Mit dem neuen Gesetz verschärft die EU die Regeln für den Einsatz von Arbeitskräften in anderen EU-Ländern. Das betrifft nicht nur Mitarbeiter von Firmen aus Niedriglohnländern, die in reichere EU-Staaten entsandt werden, sondern alle Firmen, die ihre Mitarbeiter in einem anderen EU-Land einsetzen wollen. Solche Entsendungen werden auf achtzehn Monate beschränkt. Außerdem müssen die Mitarbeiter die gleichen Löhne erhalten wie Einheimische. Nach Ablauf der 18 Monate müssen die Arbeitnehmer entweder einen Arbeitsvertrag nach den Bedingungen des Gastlandes erhalten oder zurückgeholt werden.

"Dass Firmen Dienstleistungen in anderen EU-Ländern anbieten können, ist ein Grundprinzip der EU und des Binnenmarktes, das so bleiben muss. Aber seit der Osterweiterung der EU sind die Spielregeln dafür nicht mehr aktualisiert worden. Das war dringend überfällig", erläutert Becker.

**Jetzt gilt gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.**

***Heinz K. Becker MEP***

Die Neuregelung ist für den ÖVP-Europaabgeordneten ein "hart erarbeiteter Kompromiss". "Wir wollen keine neue Ost-West-Spaltung und gleichzeitig müssen wir Sozialdumping verhindern. Es liegt in der Natur eines Kompromisses, dass alle etwas abgeben müssen", betont Becker.

"Jetzt gilt gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Kosten für Anreise und Unterkunft dürfen entsendeten Arbeitnehmern nicht vom Lohn abgezogen werden", sagt Becker.

Eine Verschärfung der EU-Entsenderichtlinie war zwischen den west- und den mittel-osteuropäischen EU-Mitgliedsländern umstritten. Während Länder wie Österreich, Deutschland oder Frankreich damit Lohn- und Sozialdumping bekämpfen wollen, hatten sich osteuropäische Staaten dagegen gewandt, weil sie durch eine Verschärfung der Regeln einen Wettbewerbsvorteil verlieren würden, nämlich ihre geringeren Arbeitskosten.